WP-01-K3-1202

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Agnes Brugger (KV Ravensburg)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 1201 bis 1203 einfügen:
Werten und Sicherheitsinteressen orientierte Kriterien für Rüstungsexporte auf nationaler und europäischer Ebene stärker gesetzlich verankern – mit vorangehenden Risikoanalysen, einklagbaren Sanktionsmöglichkeiten und Endverbleibskontrollen. Es ist bitter, dass wir und viele unserer Verbündeten weltweit angesichts der Bedrohungen noch mehr in Sicherheit investieren müssen, um uns vor Aggressionen und Krieg zu schützen. Umso wichtiger ist eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik, die auf der einen Seite zum Schutz unser Partner beiträgt und auf der anderen Seite verhindert, dass Autokraten, Diktatoren oder menschenrechtsverletzende Regime deutsche und europäische Waffen erhalten.

weitere Antragsteller*innen

Deborah Düring (KV Frankfurt); Sara Nanni (KV Düsseldorf); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Ricarda Lang (KV Schwäbisch Gmünd); Reinhard Bütikofer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Schahina Gambir (KV Minden-Lübbecke); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Niklas Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt); Ottmar von Holtz (KV Hildesheim); Anton Hofreiter (KV München-Land); Marcel Emmerich (KV Ulm); Robin Wagener (KV Lippe); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Sven-Christian Kindler (KV Hannover); Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Merle Spellerberg (KV Dresden); Philip Krämer (KV Darmstadt); sowie 39 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.